

Ltg.-921-1/A-2/8-2016

## **ANTRAG**

des Abgeordneten Mag. Hackl

gemäß § 34 LGO

zum Antrag LT-921/A-2/8-2016

### **betreffend **Attraktivierungsmaßnahmen im Verkehrsverbund Ostregion und Ausbau von Park&Ride-Systemen für die Niederösterreichischen Pendlerinnen und Pendler****

Das Wiener Umland verzeichnet bevölkerungsmäßig die größten Wachstumsraten in Österreich und legt auch weiter zu. Wie in den vergangenen Jahrzehnten wird die Suburbanisierung zukünftig die Bevölkerungsentwicklung im Wiener Umland entscheidend gestalten. Laut Statistik Austria leben derzeit fast 639.000 Personen im Wiener Umland. Im Jahr 2002 waren es noch rund 67.000 Personen weniger. Die Prognoseergebnisse rechnen für das Jahr 2030+ in der Stadtregion (Wien plus niederösterreichisches Stadtumland und Teile des nördlichen Burgenlandes) mit einem Anstieg um 400.000 EinwohnerInnen, wovon auf Niederösterreich etwa 150.000 Personen entfallen werden.

All diese Menschen werden Arbeit brauchen und diese vermutlich auch in der Bundeshauptstadt Wien und im Wiener Umland suchen und finden. Mit der Zunahme von Bevölkerung und Arbeitsplätzen geht eine verstärkte Mobilität Hand in Hand.

Damit Städte und ihr Umland ein attraktiver Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität bleiben, muss das Mobilitätsangebot des Umweltverbundes (ÖV, Rad- und Fußverkehr) den absehbaren Rahmenbedingungen angepasst werden.

Die Bundesländer Wien und NÖ sind ökonomisch aufs Engste miteinander verknüpft. Von den 564.877 Berufstätigen, die in NÖ wohnen, pendelt rund ein Drittel (ca. 188.000 Personen) zum Arbeitsplatz nach Wien aus.

Dieser Pendlerthematik hat das Land in seinem neuen Landesmobilitätskonzept NÖ 2030+ durch zahlreiche Maßnahmen vor allem auf dem Sektor des ÖV Rechnung getragen, darüber hinaus sind die Mobilitätskonzepte von Wien, Niederösterreich und Burgenland in ihren grenzüberschreitenden Aspekten miteinander abgestimmt.

Seit dem Jahr 1991 hat die Stadt Wien das Dauerparken im öffentlichen Raum schrittweise in den Bezirken 1-9, 12, 14, 15, 16, 17, 18 und 20 gänzlich oder teilweise eingeschränkt und kostenpflichtig als Kurzparkzone verordnet. Die Stadt Wien wird die Parkraumbewirtschaftung 2017, vorwiegend in den Bezirken Favoriten und Simmering, weiter fortsetzen. Die noch verbleibenden Bezirke werden ebenfalls folgen.

Diese Situation wird so wie in der Vergangenheit dazu führen, dass die Pendlerinnen und Pendler mit Arbeitsplätzen in den neu betroffenen Bezirken verstärkt auf den ÖV umsteigen. Niederösterreich entwickelt bereits seit vielen Jahren an den hochrangigen Haltestellen der ÖV-Achsen ein umfangreiches und kostenfrei zu benutzendes Park&Ride-System mit bereits mehr als 36.000 PKW- und 23.000 Zweiradstellplätzen.

Seit dem Jahr 2012 wurden rund 3000 definitive PKW-Stellplätze, rund 2000 provisorische Stellplätze und rund 1.800 Zweiradstellplätze fertig gestellt. Im Rahmen eines mehrjährigen Ausbauprogrammes wird für den mittelfristig abschätzbaren Stellplatzbedarf vorausschauend Vorsorge getroffen. Trotzdem ist festzustellen, dass verkehrspolitische Maßnahmen zulasten des KFZ-Verkehrs in Wien deutliche Auswirkungen auf die Kapazitäten des ÖV und des Park&Ride-Systems in Niederösterreich haben werden. Es ist daher ein Gebot der Stunde, sich bereits jetzt auf die oben genannten Änderungen einzustellen und vorausschauend die entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen zu planen bzw. die entsprechende Infrastruktur zu schaffen.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

### **A n t r a g :**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung, insbesondere an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie heranzutreten, und darauf hinzuwirken, dass der Bund bei der Neufestlegung und Finanzierung des Grundangebots im öffentlichen Verkehr in Niederösterreich folgende Parameter berücksichtigt: Leistungsbestellungen auf neu errichteten Infrastrukturen, das starke Bevölkerungswachstum in den Ballungsräumen, die Beschaffung und den Einsatz moderner, barrierefreier Fahrzeuge und die Sicherstellung der attraktiven Bedienung der Regionalbahnstrecken.
2. Die NÖ Landesregierung, insbesondere der für Verkehr zuständige Landesrat Mag. Karl Wilfing, wird aufgefordert sich im Sinne der Antragsbegründung beim Verkehrsverbund Ostregion für die erforderlichen kapazitäts-, tarif- und fahrplanverbessernden Maßnahmen im Bereich des Öffentlichen Verkehrs einzusetzen und den Ausbau von Park & Ride Anlagen im Wiener Umland weiterhin zu forcieren.
3. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag LT-921/A-2/8-2016 miterledigt.“